

Einladung zur GdP-Podiumsdiskussion am 3. September 2025

Fraktionsvorsitzende der Regierungsparteien kommen – jetzt seid Ihr gefragt!

Die Empörung in der Polizei und den Ämtern war groß, als über die Presse bekannt wurde, dass sich der Bremer Senat und die Koalitionsparteien auf Eckwerte für den Haushalt 2026/27 geeinigt haben. Geplant sind unter anderem folgende Maßnahmen:

- Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte auf 41 Stunden
- Streichung des zweiten jährlichen Beförderungstermins
- Grundsätzliche Abschaffung von Widerspruchsverfahren

Der geschäftsführende Landesvorstand der GdP – Landesbezirk Bremen – lädt deshalb zu einer **Podiumsdiskussion mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien** ein. Dort könnt Ihr Eure Meinung zu den geplanten Einschnitten direkt äußern und mitdiskutieren.

Zugesagt haben:

- Mustafa Güngör (SPD)
- Nelson Janßen (Die Linke)
- Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen)

Save the Date

Wir erwarten einen Austausch **auf Augenhöhe** und wollen deutlich machen, welche Belastungen Polizei und Verwaltung bereits jetzt schultern.



Wann?

Mittwoch, 3. September 2025, um 17 Uhr



Wo?

Konsul-Hackfeld-Haus

Birkenstraße 34

28195 Bremen



Seid dabei und bringt Eure Stimme ein!

Bitte meldet Euch zur besseren Planung an der GdP-Geschäftsstelle an:



Telefonisch unter: 0421 / 94 95 85-0



Oder per E-Mail an: bremen@gdp.de



Mein Standpunkt zur Sichtbarkeit sexueller Vielfalt im öffentlichen Raum

Ich bin erstaunt über die jüngsten Äußerungen von Rainer Wendt. Er bezeichnet queere Menschen als eine kleine Minderheit, die anderen ihre sexuelle Orientierung „aufdrängt“. Das Hissen der Regenbogenfahne an Polizeidienststellen und Regierungsgebäuden sei zudem ein „Kniefall vor ideologischen Strömungen“. Ich finde, dass diese Aussagen mit dem Selbstverständnis einer demokratischen Polizei, die Vielfalt schützt, nicht vereinbar sind. Sie widersprechen auch meiner eigenen Haltung.

Ich sage deutlich: Ich stehe allen Kolleginnen und Kollegen bei. Egal ob gleichgeschlechtlich oder heterosexuell. Ich setze mich offensiv für eine offene, diskriminierungssensible und vielfältige Polizei ein.

Für mich bedeutet Gleichbehandlung, alle einzubeziehen. Gleichstellung bedeutet nicht, unsichtbar zu sein. Ganz im Gegenteil. Es ist wichtig, dass alle Menschen gesehen, akzeptiert und vor Diskriminierung geschützt werden. Viele Mitglieder der Queer-Community sind immer noch mit Ausgrenzung,



Foto: GdP Bremen

Feindseligkeit und Gewalt konfrontiert. Gleichbehandlung bedeutet, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Es bedeutet, dass niemand benachteiligt werden darf. Es bedeutet auch, dass Menschen respektiert und unterstützt werden müssen.

Gleichbehandlung kann und darf nicht bedeuten, bestehenden Diskriminierungen zu ignorieren oder den Betroffenen das Recht auf Anerkennung und Schutz im öffentlichen Raum abzusprechen. Es geht nicht um „Überbe-

tonung“, sondern um die Anerkennung von Realitäten, die allzu oft marginalisiert oder unsichtbar gemacht werden sollen.

Die Regenbogenflagge steht für Demokratie und Menschenwürde. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum die Regenbogenfahne nicht als Zeichen von Toleranz und Offenheit, sondern als „Ausdruck des Einknickens vor kurzfristigen ideologischen Strömungen“ bezeichnet wird. Die Regenbogenfahne steht weltweit für Vielfalt, Respekt und die Rechte von LSBTIQ+. Sie steht für eine offene Gesellschaft, in der die sexuelle Orientierung oder die geschlechtliche Identität keine Rolle für die Wertschätzung oder die Ausübung von Grundrechten spielen darf.

Polizeireviere und andere staatliche Einrichtungen, die die Regenbogenfahne zeigen, setzen ein klares Zeichen: Wir stehen für Respekt, Vielfalt und gegen Diskriminierung. Dieses Bekenntnis ist kein „Kniefall“ vor einer kurzlebigen Ideologie. Es ist Ausdruck demokratischer Reife und staatlicher Grundverantwortung. Der Staat muss allen Menschen ein sicheres und menschenwürdiges Umfeld garantieren. Dies gilt auch für die Polizei. Das Hissen der Regenbogenfahne an öffentlichen Gebäuden, insbesondere an Polizeidienststellen, ist ein klares Zeichen für Vielfalt und gegen Diskriminierung. Es zeigt: Die Polizei ist für alle da und tritt gegen Diskriminierung ein.

Die Behauptung, solche Zeichen seien rein ideologisch motiviert, ist falsch und

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



unredlich. Sie suggeriert, die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sei ein politisches Extrem. Das ist eine gefährliche Rhetorik, die rechte Narrative bedient und Minderheiten erneut delegitimiert.

Die Polizei ist das Spiegelbild einer modernen und vielfältigen Gesellschaft

Ich bin der Meinung, dass die Polizei von heute offen sein muss für die Vielfalt unserer Gesellschaft. Es ist wichtig, sich um die Belange von Minderheiten zu kümmern und zu zeigen, dass man für Gleichbehandlung eintritt. Dies stärkt das Vertrauen in die Polizei und fördert ein Klima der Offenheit und des Respekts innerhalb der Polizei.

Die Polizei ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Sicherheit und ein Spiegelbild unserer vielfältigen Gesellschaft. In ihr ar-

beiten Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten, auch aus der LSBTIQ*-Community. Eine gute Polizei ist transparent, diskriminierungssensibel und repräsentativ. Es ist wichtig, dass queere Kolleginnen und Kollegen unterstützt werden und sichtbar sind. Das ist gut für ein gesundes Arbeitsklima.

Vielfalt in der Polizei schafft Vertrauen. Dies ist besonders wichtig für Gruppen, die sich bisher von der Polizei nicht geschützt, sondern ausgegrenzt fühlten.

Mein Standpunkt

Staatliche Institutionen haben eine besondere Verantwortung, ein respektvolles und diskriminierungsfreies Miteinander zu fördern – auch in ihrer Kommunikation. Dies erfordert eine klare Haltung gegen jede Form der Ausgrenzung, z. B. aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.

Für die Polizei gehören Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe zum Kern ihres demokratischen Selbstverständnisses. Um dieser Rolle gerecht zu werden, müssen Kompetenzen im Umgang mit Vielfalt systematisch in der Aus- und Fortbildung verankert werden.

Queere Polizeibeschäftigte verdienen Anerkennung, Respekt und gezielte Unterstützung durch Netzwerke, Ansprechpersonen oder interne Strukturen, die ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld stärken.

Die Sichtbarkeit benachteiligter Gruppen ist entscheidend für die Gleichstellung in der Gesellschaft. Symbole wie die Regenbogenfahne an den Dienststellen setzen ein deutliches Zeichen für Offenheit, Respekt und Schutz aller Menschen.

Die Polizei soll für alle da sein. Punkt.

Heinfried Keithahn,
Vorsitzender Fachgruppe Senioren

Termine der Seniorengruppe im September

Regelmäßige Treffen:

Die Sommerpause ist vorbei, und die regelmäßigen Treffen der Seniorengruppe in Bremerhaven und Bremen werden wieder aufgenommen.

Bremerhaven

Dienstag, 9. September 2025, 15 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 11. September 2025, 15:30 Uhr, Hotel Robben (Grollander Krug)

Landesseniorenkonferenz:

Bremen

Donnerstag, 25. September 2025, 10 Uhr, Hotel Robben (Grollander Krug)

Anmeldungen sind bis zum 11. September 2025 erforderlich und können telefonisch unter (0421) 9495850 oder per E-Mail an bremen@gdp.de vorgenommen werden.

Heinfried Keithahn



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe 2025, Landesjournal Bremen, ist der 29. August 2025.

Artikel bitte mailen an:
ruedigerkloss.dpo1@gmail.com



Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bundesfachausschuss Arbeits- und Gesundheitsschutz

Der Bundesfachausschuss „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ der Gewerkschaft der Polizei (GdP) tagte am 16. und 17. Januar 2025 in Berlin mit nahezu vollzähliger Teilnahme aus allen 16 Bundesländern sowie unter Einbindung des Bundeskriminalamts (BKA).

Zum Auftakt begrüßten wir eine Delegation der israelischen Firma Marom Dolphin, die sich auf innovative persönliche Schutzausstattung (PSA) spezialisiert haben. Im Fokus stand insbesondere der Schutz vor Messerattacken bei gleichzeitig hohem Tragekomfort. Die vorgestellte Schutzkleidung bietet neben Stich- und ballistischem Schutz ein geringes Gewicht sowie integrierte Nackenprotektoren. Als GdP setzen wir uns dafür ein, dass diese PSA zentral und bundesweit beschafft wird.

Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war der Bericht des geschäftsführenden Bundesvorstands.

Die Vielzahl der Angriffe auf Kolleginnen und Kollegen in jüngster Vergangenheit zeigt uns, dass wir uns dem Thema der Hinterbliebenen nähern müssen. Denn noch immer gibt es keinen einheitlichen Standard in der Hinterbliebenenversorgung – ein Zustand, den wir als GdP dringend verändern wollen. Hier bedarf es bundesweit einheitlicher Regelungen und einer klaren Verantwortung gegenüber Betroffenen und ihren Familien.

Im Januar 2025 zählte die GdP rund 210.000 Mitglieder. Damit sind wir stark genug, um o. g. Ziel für die Kolleginnen und Kollegen bundesweit mit Nachdruck einzufordern.

Seit Dezember 2024 sind wir zudem Mitglied bei EuPol, einem europaweiten Zusammenschluss von Polizeigewerkschaften – ein bedeutender Schritt hin zur internationalen Vernetzung und Interessenvertretung.



Unsere Erwartungen an den Bundesfachausschuss sind klar: Wir fordern die vollständige Umsetzung der Gefährdungsbeurteilungen in allen Bundesländern. Die GdP wird diesen Prozess aktiv begleiten und unterstützen, denn:

Gefährdungsbeurteilungen, rechtlich vorgeschriebene Unterweisungen und dringend erforderliche arbeitsschutzbezogene Aus- und Fortbildung unserer Kolleginnen und Kollegen sind abgestimmt auf die verschiedenen Arbeitsplätze innerhalb unseres sehr vielfältigen Aufgabengebiets. Die Aufgaben der Polizeien der verschiedenen Bundesländer unterscheiden sich nicht. Daher liegt es auf der Hand, genau diese Themen bundesweit einheitlich zu gestalten und durchzuführen. Die Unfallversiche-

rung Bund und Bahn stellt die gut darauf abgestimmte Software „Handlungshilfe 4.0“ ihren Mitgliedern zur Verfügung. Allerdings auch nur ihren „Mitgliedern“. Wer nicht zahlt wird auch nicht unterstützt. Aber nicht jedes Bundesland will sich diese Unterstützung leisten. Diese sind dann abgehängt und müssen sich eigene Wege ausdenken. Das kostet Ressourcen, welche dann an anderer Stelle fehlen. Wir sind aber der Meinung, dass die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen solche Ausgaben mehr als rechtfertigt!

Ebenso machen wir uns für eine verbindliche Deckungsgrenze stark – seit dem 1. Januar 2024 gilt eine Absicherung von bis zu einer Million Euro für Sach- und Personenschäden. In dem Zusammenhang werden wir uns zukünftig mit dem Einsatz von Dashcams (analog zur Bodycams) befassen.

Zudem erneuern wir unsere Forderung nach einem bundesweit einheitlichen Stich- und Schnitenschutz.

Daneben widmen wir uns weiteren relevanten Themen, wie der Überarbeitung der PDV 300, der Weiterentwicklung von Arbeitsschutzschulungen sowie der Digitalisierung von Unterweisungen. Auch die flexiblere Arbeitszeitgestaltung gehört auf die Agenda.

Ein weiterer zentraler Punkt war die Ruhestandsversetzung von verletzten oder erkrankten Kolleginnen und Kollegen. Hier setzen wir uns für eine stärkere Fürsorge, individuelle Rehabilitationsangebote und die Möglichkeit zur Weiterbeschäftigung in der allgemeinen Verwaltung ein – bevor eine endgültige Versetzung in den Ruhestand erfolgt. Ziel muss es sein, ein gesundes und nachhaltiges Dienstleben für alle zu ermöglichen.

Save the Date:

Der nächste Bundeskongress der GdP findet vom 2. bis 6. November 2026 statt.

Mit kollegialen Grüßen

Für den BFA-Arbeitsschutz und Gesundheit
Christin Loroff, GdP Bremen



Female Empowerment

Meine Kollegin Andrea Naus und ich durften dabei sein, als vom 5. bis 7. Mai das Seminar „Female Empowerment“ in Potsdam stattfand.

Wir starteten die Runde am Montag mit der Begrüßung durch Sibylle Krause, die im Geschäftsführenden Bundesvorstand unter anderem für die Themen Gleichstellungs- und Frauenpolitik verantwortlich ist.

Marina Billek

Nachdem Seminarleiterin Nadja Cirulies uns einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung von Frauenrechten im Arbeitsleben gab, ging es ziemlich schnell ans Eingemachte. Wir erarbeiteten uns tolle Ideen, wie wir Frauen uns in der Gewerkschaft weiterentwickeln können und kamen immer wieder zu dem Schluss, dass wir zusammenkommen müssen, um uns zu stärken. Wir müssen uns austauschen, zusammentun, mitarbeiten und zur Wahl aufstellen lassen. Und ganz wichtig: Wir müssen die Kollegen finden, denen es auch wichtig ist, dass die Kolleginnen gleichberechtigt sind, denn gleichstellen können wir uns nicht allein, da müssen alle helfen.

Gerade das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist kein Frauenthema, es ist ein Elternthema. Hier muss an den Rahmenbedingungen gearbeitet werden. Führen in Teilzeit könnte z. B. durch Tandemstellen möglich gemacht werden. Mit solchen Rahmenbedingungen hängt es zusammen, ob Frauen Karriere machen können oder nicht. Es würde nicht nur mehr Frauen in Führungspositionen geben, auch Väter, hätten damit die Möglichkeit, sich den oft gehegten Wunsch, die Arbeitszeit zugunsten der Familie zu reduzieren, zu erfüllen.

In den Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört auch das Thema Pflege von Angehörigen. Denn oft fällt diese Verantwortung, aufgrund der vorhandenen Strukturen, ebenfalls den Frauen zu. Diese Art von Doppelbelastung führt häufig zu Überforderung und beruflichen Nachteilen. Wir wünschen uns ein stärkeres Bewusstsein dafür und flexible Arbeitszeitmodelle, damit wir auch hier der Gleichstellung ein Stück näherkommen.

Eine besonders herausfordernde Frage beschäftigte uns im praxisbezogenen Teil des Seminars: Wie können wir reagieren, wenn Männer sich uns gegenüber unangemessen verhalten? Das ist eine Frage, die sich nicht nur die Kolleginnen bei der Polizei stellen müssen, sondern zunehmend auch die Kolleginnen auf den Ämtern. Die Seminarteilnehmerinnen waren sich einig, dass hier von Arbeitgeberseite besser unterstützt und aufgeklärt werden muss, denn das Frauenbild in der Gesellschaft befindet sich derzeit im Wandel und das nicht zu unserem Vorteil! Die Kolleginnen können hier zum Beispiel durch striktere Hausverbote, besser geschultes Sicherheitspersonal und Auskunftssperren unterstützt werden. Ein zentraler Punkt ist aber vor allem die Aufklärung darüber, welches Verhal-

ten inakzeptabel ist und wie wir uns im Falle von unangemessenem Verhalten zur Wehr setzen können.

In diesen drei Tagen ist eines sehr deutlich geworden: **Um Frauen in einer Gewerkschaft einer traditionell männlich geprägten Branche auf Augenhöhe zu bringen, sind dauerhafte und vielfältige Anstrengungen nötig. Angefangen damit, anzuerkennen, dass Frauen in der Arbeitswelt und vielen anderen Bereichen noch immer nicht gleichberechtigt sind.** ■



Foto: GdP Bund

Die Seminarteilnehmerinnen



GdP Fachgruppe Schutzpolizei: Unterwegs zu euch!

„Ein Ohr an der Basis“ ist das Motto im August und September. Der Vorsitzende der Fachgruppe Schutzpolizei Tobias Hübner sowie der Landesvorsitzende Nils Winter besuchen im August und September die ESD-Standorte, um mit euch ins Gespräch zu kommen. Alle werden von den politischen Bestrebungen gehört haben: Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit, Wegfall des zweiten jährlichen Beförderungstermins sowie Sparmaßnahmen. Auch die steigende Belastung sowie fehlende Ressourcen, sowohl materiell als auch personell, beschäftigen uns alle.

Die Fachgruppe Schutzpolizei kommt zu euch, um als direkter Ansprechpartner ein offenes Ohr zu bieten. Die Themen, die euch gerade bewegen, nehmen wir mit in die politische Auseinandersetzung.

Folgende Termine sind angesetzt:

Donnerstag, 14. August 2025, E 6

10 Uhr am Standort PK Ost, anschließend gegen 12 Uhr am PK Präsidium

Donnerstag, 28. August 2025, E 5

10 Uhr am PK Süd, anschließend gegen 12 Uhr am PK Mitte

Freitag, 12. September 2025, E 7

10 Uhr am Standort Blumenthal, anschließend gegen 12 Uhr am PK Lesum und gegen 14 Uhr am PK West in Gröpelingen.

Kommt dazu und nutzt eure Stimme, um Veränderung anzustoßen.

Die Termine sind für euch zeitlich nicht machbar und ihr habt dennoch Gesprächsbedarf? Meldet euch unter schutzpolizei@gdp-hb.de!

Ihr wollt darüber hinaus die Zukunft der GdP mitgestalten oder euch mit der Fachgruppe austauschen?

Vom 20.-22. Oktober 2025 findet das Seminar der Fachgruppe Schutzpolizei in Tossens statt! Meldet euch noch heute an unter Bremen@gdp.de und seid dabei!

Es wird unter anderem das Ziel sein, die Richtung der Gewerkschaft der Polizei für die nächsten Jahre zu setzen!

Das Seminar ist Bildungsurlaubsfähig, Unterkunft und Versorgung sind für einen geringen Betrag bereits inkludiert.

Tobias Hübner,
Vorsitzender Fachgruppe Schutzpolizei

GdP-Bildungsprogramm 2026



Nordseeklausur in Tossens (Verpflegungspauschale EUR 15,00 pro Person)

1	16.-18.03.2026	FG Senioren	AuL	Heinfried Keithahn
2	27.-29.04.2026	FG WV	bfw	Torben Sommer
3	04.-06.05.2026	FG Kripo	bfw	Andre Kurz
4	06.-08.05.2026	FG Senioren	AuL	Heinfried Keithahn
5	11.-13.05.2026	Frauengruppe	bfw	Susanne Wiedemann

Wisoak in Bad Zwischenahn (Verpflegungspauschale EUR 50,00 pro Person)

1	11.-13.05.2026	FG Zentrale Dienste	bfw	Peter Borrmann
2	08.-10.06.2026	FG Bepo	bfw	Georg Heinrichs
3	10.-12.06.2026	FG Verwaltungspolizei	bfw	Denis Geger
4	12.-14.10.2026	FG Schutzpolizei	bfw	Tobias Hübner
5	14.-16.10.2026	Junge Gruppe	bfw	Jan de Vries

Vorbereitung auf den Ruhestand (Verpflegungspauschale EUR 10,00)

1	09./10.02.2026	Alle	AuL	Heinfried Keithahn
2	09./10.11.2026	Alle	AuL	Heinfried Keithahn

Seminaranmeldungen sind ab sofort möglich.

Entweder ruft ihr Gaby Buziek Tel. 0421/949585-4 persönlich an oder schreibt eine Mail an bremen@gdp.de.

Wir wünschen allen Seminarteilnehmern viel Spaß, wertvolle Erfahrungen und
am Ende des Seminars die Erkenntnis:

GdP – Gut, dass es sie gibt.

Der Seminarbesuch hat sich gelohnt.

Hast du schon deinen Herbst- oder Winterurlaub gebucht?
Wenn nicht, sichere dir jetzt bei uns attraktive Rabatte und
mach dich bereit für die schönste Zeit des Jahres!

Bei Buchungen melde dich in der GdP-Geschäftsstelle unter
der Tel.: 0421 9495853 oder teile uns deinen Urlaubswunsch
per E-Mail an sonja.jambroszyk@gdp.de mit.

Es lohnt sich!

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA 